

# Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

[www.erwachsenenbildung.at/magazin](http://www.erwachsenenbildung.at/magazin)

Ausgabe 18, 2013

## Governance

Erwachsenenbildung zwischen  
Selbst- und Fremdsteuerung

## Wirtschaftswissen und Postdemokratie

Plädoyer für kritisch-emanzipatorische  
Erwachsenenbildung

Gabriele Michalitsch



# Wirtschaftswissen und Postdemokratie

## Plädoyer für kritisch-emanzipatorische Erwachsenenbildung

**Gabriele Michalitsch**

Michalitsch, Gabriele (2013): Wirtschaftswissen und Postdemokratie. Plädoyer für kritisch-emanzipatorische Erwachsenenbildung.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 18, 2013. Wien.

Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/13-18/meb13-18.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Schlagworte: Postdemokratie, Governance, Wirtschaftswissen, Crouch, Foucault, Macht

### Kurzzusammenfassung

Den Ausgangspunkt des vorliegenden Beitrags bildet Colin Crouchs Konzept von Postdemokratie in Abgrenzung zum vieldeutigen, oftmals herrschaftsförmigen Begriff Governance. Dieses Konzept von Postdemokratie wird mit einem Foucault'schen Theorierahmen von Regierung, Macht und Wahrheit verknüpft, um Bedingungen der Produktion und Vermittlung von (ökonomischem) Wissen aufzuzeigen. So soll verdeutlicht werden, wie Wirtschaftswissen Subjekte regiert und damit letztlich Akzeptanz von postdemokratischen Entwicklungen insbesondere im Feld von Wirtschaftspolitik gewährleistet. Im Hinblick auf die Sicherung demokratischer Grundlagen schließt der Beitrag mit einem Plädoyer für eine kritisch-emanzipatorische Erwachsenenbildung.

08

# Wirtschaftswissen und Postdemokratie

## Plädoyer für kritisch-emanzipatorische Erwachsenenbildung

**Gabriele Michalitsch**

**Erwachsenenbildung stellt ein Segment von Wissenszirkulation dar, wirkt demnach auf Subjekte und so letztlich auf demokratische Grundlagen.**

Wissen ist Macht. Dieses berühmte Zitat von Francis Bacon, der als Begründer des Empirismus zu den Vordenkern der modernen Wissenschaften zählt, lässt sich aber auch – Wilhelm Liebknecht, einem der Gründungsväter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgend – verkehren: Macht ist Wissen.<sup>1</sup>

Das Verhältnis von Wissen und Macht steht, ausgehend von einem Foucault'schen Theoriehorizont, im Zentrum des vorliegenden Beitrags. Dabei fokussiere ich vor dem Hintergrund der gegenwärtigen „VielfachKrise“ (siehe Demirović et al. 2011) von Kapitalismus auf die Frage nach dem Zusammenhang von Subjektformierung, Wirtschaftswissen und Postdemokratie.

Einleitend setze ich dem nicht nur vieldeutigen, sondern auch oftmals herrschaftsförmigen Begriff von Governance zunächst Colin Crouchs (2003) Thesen zu Postdemokratie entgegen. Diese verknüpfe ich skizzenhaft mit Michel Foucaults Konzepten von Regierung, Macht und Wahrheit, um in diesem theoretischen Bezugsrahmen Bedingungen der Produktion und Vermittlung von (ökonomischem) Wissen aufzuzeigen und insbesondere zu verdeutlichen, wie Wirtschaftswissen Subjekte definiert und anleitet

und damit letztlich Akzeptanz von postdemokratischen Entwicklungen insbesondere im Feld von Wirtschaftspolitik gewährleistet. Im Hinblick auf die Sicherung demokratischer Grundlagen plädiere ich abschließend für eine kritische Erwachsenenbildung, die an eine ihrer emanzipatorischen Wurzeln, die ArbeiterInnenbildung anknüpft.

### **Governance und Steuerung**

Global Governance, Good Governance, Educational Governance: Die weit darüber hinausgehende Vielzahl von vor allem in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entwickelten Governance-Konzepten verweist auf das kaum noch zu überblickende Ausmaß, das der Diskurs um Governance in den letzten beiden Dekaden angenommen hat. Im politik- und sozialwissenschaftlichen Kontext bezeichnet Governance grundsätzlich alle „*Formen und Mechanismen der Koordinierung zwischen mehr oder weniger autonomen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind*“ (Benz et al. 2007, S. 9), wobei „*die Regelungsadressaten selber am Entwerfen der Regeln und ihrer Durchsetzung mitwirken*“ (Mayntz 2004, o.S.). Governance bezieht sich demnach auf institutionalisierte Modi

---

<sup>1</sup> Liebknecht hielt bei den Stiftungsfesten der Arbeiterbildungsvereine von Leipzig und Dresden 1872 jeweils einen Vortrag unter diesem Titel (siehe Liebknecht 1873).

sozialer Handlungskoordination und soll deren Prozesshaftigkeit und Dynamik, sich wandelnde Akteurskonstellationen, veränderte institutionelle Arrangements und Regelungsstrukturen, aber auch neue Legitimationskonzepte fassbar machen. Dabei ermöglicht die Bezugnahme auf Governance insbesondere, Regieren im nationalen wie internationalen Rahmen sowie im Zusammenspiel von öffentlichen und privaten Akteuren zu erfassen. „(P)roviding direction to society, whether directly or indirectly, is the central governance activity“ (Pierre/Peters 2000, S. 2). Obgleich sich Governance-Forschung vor allem mit Fragen effektiver Steuerung und Umsetzung spezifischer Problemlösungen beschäftigt, haben Governance-Konzepte den bis Ende der 1990er Jahre dominanten Begriff der Steuerung, der „staatliche[r] Interventionen in die Gesellschaft“ (Burth/Görlitz 2001, S. 8) bezeichnet, zunehmend abgelöst. Im Gegensatz zu Steuerungstheorien beziehen Governance-Ansätze Steuerungsobjekte und Eigendynamiken gesellschaftlicher Akteure in die Analyse ein (siehe Mayntz 2004; Brunnengräber et al. 2004). Zugleich aber wird Governance als ebenso offener wie unklarer Begriff kritisiert, mit dem mangelnde Berücksichtigung von demokratietheoretischen Fragen (siehe Brunnengräber et al. 2004) ebenso wie von Macht- und Herrschaftsverhältnissen (siehe Jessop 2002) einhergehen. Diese Kritik weiterführend, wird auch der Governance-Diskurs selbst als Herrschaftsinstrument verstanden (siehe Brand 2003).

Die Herrschaftsförmigkeit von Governance sei hier am Beispiel des 2001 veröffentlichten Weißbuchs der Europäischen Kommission „Europäisches Regieren“<sup>2</sup> exemplarisch verdeutlicht. Das Governance propagierende Weißbuch ist insbesondere auf eine Stärkung der EU-Kommission gegenüber Rat und Parlament ausgerichtet. Letztere sollten sich dem Weißbuch folgend „mehr auf politische Führung und Inhalte konzentrieren und die Umsetzung der Exekutive überlassen“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001, S. 44). Entsprechend solle „(d)ie Gesetzgebung der EU [...] auf die wesentlichen Grundregeln und einen Rahmen für die Umsetzung dieser Regeln zurückgestutzt“ (ebd., S. 44) werden.

Um „der Arbeit der Kommission als Hüterin der Verträge maximale Wirkung zu verleihen“ (ebd., S. 10), werden vermehrte Einbindung der Zivilgesellschaft in Aktivitäten der Kommission und Stärkung von „Vertrauen“ der Bevölkerung in ExpertInnenwissen gefordert. Dass es dabei vor allem um Entschärfung von kritischem Potenzial und Widerstand gegen EU-Politiken geht, wird etwa an folgender Formulierung deutlich: „Als Gegenleistung [für die verstärkte Einbindung der Zivilgesellschaft auf Basis spezifischer Standards, G.M.] werden solche Regelungen die Organisationen der Zivilgesellschaft dazu veranlassen, ihre eigenen Strukturen zu straffen, Offenheit und Repräsentativität zu garantieren und ihre Fähigkeit zur Verbreitung von Informationen oder Leitung von Debatten in den Mitgliedstaaten unter Beweis zu stellen“ (ebd., S. 22f.). An diesem hier nur angedeuteten Beispiel zeigt sich, dass mit dem Begriff Governance oftmals der ent-demokratisierende und in wachsendem Maße autoritäre Charakter gegenwärtiger Restrukturierungen von politischen Entscheidungsprozessen verschleiert wird, daher beziehe ich mich im Folgenden nicht auf Governance, sondern auf Colin Crouchs Thesen zu Postdemokratie.<sup>3</sup>

## Postdemokratie

Mit seinem Konzept von Postdemokratie verwies Crouch bereits 2003 auf die Erosion demokratischer Institutionen und Prozesse im Zuge der neoliberalen Transformation westlicher Gesellschaften und auf damit einhergehende autoritäre Tendenzen, während repräsentativ-demokratische Institutionen und allgemeine Wahlen weiterbestehen (vgl. Crouch 2008, S. 7ff.). Postdemokratische Entwicklungen umfassen Crouch folgend den zunehmenden Einfluss privater Unternehmen auf politische Entscheidungsprozesse, einen wachsenden Lobbyismus, die steigende Intransparenz und folglich Unkontrollierbarkeit politischer Willensbildung im Rahmen von public-private bargainings („bargaining“ bedeutet übersetzt Feilschen, Tarifverhandeln; Anm.d.Red.). Politik wird solcherart mehr und mehr informalisiert,

2 Der Begriff „Governance“ wird in der deutschen Fassung des Weißbuchs mit dem Terminus „Regieren“ übersetzt.

3 Eine ausführliche Analyse der Debatte um Colin Crouchs Konzept der Postdemokratie nimmt Gary S. Schaal in seinem Beitrag „Postdemokratie. Tatsächlich?“ in der Ausgabe 11, 2010 des „Magazin erwachsenenbildung.at“ vor. Sein Beitrag wird ergänzt durch ein Porträt von Colin Crouch, verfasst von Christian Kloyber und Stefan Vater ([http://erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11\\_02\\_schaal.pdf](http://erwachsenenbildung.at/magazin/10-11/meb10-11_02_schaal.pdf)); Anm.d.Red.

die für westliche Demokratien zentrale Bedeutung formaler Körperschaften der Gesetzgebung unterminiert. Verstärkt wird diese Entwicklung zudem durch vermehrte Verlagerung von Entscheidungen auf supra- und internationale Ebenen, aber auch durch ein Output orientiertes Verständnis von Demokratie. Öffentliche Aktivitäten werden dabei nicht durch partizipatorische Entscheidungsfindung (ihren Input), sondern durch die Qualität ihres Outputs legitimiert, dessen Überprüfung SpezialistInnen zukommt und damit zu expertokratischen Formen von Politik führt. Hinzu kommt die verstärkte Ausrichtung öffentlicher Aktivitäten an ökonomischen Profit- und Effizienz-Kriterien und die Substitution von Idealen politischen Leaderships durch solche öffentlichen Managements. Postdemokratie ist demnach durch die Reduktion von Partizipationsmöglichkeiten und die schwindende Rückbindung politischer Entscheidungen an die Bevölkerung charakterisiert.

Diese hier nur skizzenhaft zusammengefassten Entwicklungen treffen in besonderem Maße die Wirtschaftspolitik, die – hochgradig globalisiert und europäisiert – zunehmend von demokratisch nicht oder kaum legitimierten Institutionen wie etwa der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank oder der WTO einerseits und von ExpertInnengremien, BeraterInnen, Lobbys und privaten Unternehmen sowie deren Organisationen andererseits bestimmt und solcherart hochgradig ent-demokratisiert wird. Gleichzeitig wird spezifisches Wirtschaftswissen kreiert und verallgemeinert, welches keineswegs nur die Versorgung genannter Institutionen mit entsprechendem Personal gewährleistet, sondern vorrangig die Akzeptanz postdemokratischer Wirtschaftspolitik in der Bevölkerung sicherstellt. Diese Wirtschaftspolitik optimiert weithin Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation und treibt damit soziale Polarisierung, Marginalisierung und Exklusion voran. Grundlegend hierfür sind die herrschende Gestalt von ökonomischem Wissen und mit diesem verbundene Prozesse der Subjektformierung, die ich im Folgenden, an Foucaults Konzeptionen von Regierung, Macht und Wahrheit anknüpfend, beleuchte.<sup>4</sup>

## Macht, Wahrheit und Regierung

„Dank der Macht sind wir der Wahrheitsproduktion unterworfen, wir können Macht nur über die Produktion von Wahrheit ausüben“ (Foucault 2001, S. 38). Macht ist folglich – im Gegensatz zu traditionellen politischen Theorien – keineswegs allein repressiv, von rechtlichen oder ökonomischen Strukturen abgeleitet zu deuten, vielmehr hebt Foucault ihre produktive Dimension hervor: Sie ist es, die in kontinuierlichen, ununterbrochenen Prozessen die Körper unterwirft, die Gesten lenkt, das Verhalten beherrscht (vgl. ebd., S. 43) – und solcherart Subjekte formiert. Macht ist eng mit „Wahrheit“ verknüpft, denn sie zwingt zu deren Produktion: „Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit [...]; d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt“ (Foucault 1978, S. 51). Die Qualifizierung bestimmter Diskurse als „wahr“ erfordert Mechanismen und Techniken, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen, sowie Sanktionsorgane und -modi, die diese Differenzierung unterstützen, und erfordert schließlich den Ausweis von Personen und Instanzen, die über Wahrheit zu entscheiden haben (vgl. ebd., S. 51).

Demnach ist Wahrheit ein „Ensemble von geregelten Verfahren für Produktion, Gesetz, Verteilung, Zirkulation und Wirkungsweise von Aussagen. Wahrheit ist zirkulär an Machtsysteme gebunden, die sie produzieren und stützen, und an Machtwirkungen, die von ihr ausgehen und sie reproduzieren“ (ebd., S. 53f.). In westlichen Gesellschaften ist Wahrheit, Foucault folgend, um den wissenschaftlichen Diskurs und die diesen Diskurs produzierenden Institutionen zentriert. Permanenten ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt, wird sie vorrangig unter Kontrolle einiger weniger großer politischer und ökonomischer Apparate wie Universitäten, Armee und Massenmedien produziert und verteilt, in Erziehungs- und Informationsapparaten zirkulierend verbreitet und konsumiert (vgl. ebd., S. 52). Wahrheit ist demnach vor allem bestimmt durch wissenschaftliche Wissensproduktion und Wissenszirkulation in Medien und Bildungswesen.

<sup>4</sup> Foucaults Konzeptionen von Regierung und Gouvernementalität werden zuweilen als Ausgangspunkte des Governance-Diskurses genannt, dabei wird meines Erachtens jedoch übersehen, dass Foucaults besonderes Interesse einer Analytik von Macht galt. Die von einer Perspektive der Kritik geleitete Frage nach Macht prägt mehr oder weniger Foucaults gesamtes Werk und steht vielfach – im Gegensatz zu Governance-Ansätzen – im Zentrum seiner Überlegungen.

Die Produktion von Wahrheit avanciert schließlich zu einem Schlüssel von Regierung. Über den Begriff der Regierung verknüpft Foucault Wahrheitsproduktion und Formierung von Subjektivität. Regierung bezeichnet eine Form von Machtausübung, die Individuen durch die Produktion von Wahrheit anleitet, führt und so zu Subjekten formt (siehe Foucault 1996). Subjektivität entspricht einer je spezifischen historischen Konstruktion; denn Foucault folgend gibt es nicht nur keine universelle Form des Subjekts, das Subjekt selbst entspricht einer historischen Form.

Wirtschaftswissen lässt sich in diesem theoretischen Kontext als spezifische Wahrheit zur Ausübung von Macht deuten, mit der nicht zuletzt Subjekte formiert werden, die postdemokratische Entwicklungen – insbesondere auch im wirtschaftspolitischen Kontext – nicht nur akzeptieren, sondern letztlich mittragen. Um diese Zusammenhänge deutlicher zu machen, beleuchte ich im Folgenden gegenwärtige Bedingungen von Wissensproduktion wie -zirkulation und schließlich Gestalt sowie subjektformierende Wirkungen dominanten Wirtschaftswissens.

### **Macht: Ökonomisierung des Wissens, Prekarisierung der Subjekte**

Wissen ist nicht neutral oder objektiv, sondern stets von Interessen geleitet und an die herrschende – primär von weißen Männern der Oberschicht, wie feministische Wissenschaftskritik vielfach deutlich gemacht hat, geprägte – Tradition gebunden. Daher ist Wissen immer politisch, denn es spiegelt gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse – und wirkt auf diese. Es verbindet sich folglich mit vielfältigen Ausschließungen, die in Fragestellungen, Begriffe, Konzepte, Schlussfolgerungen eingelagert

sind, und macht solcherart ebenso unsichtbar wie sichtbar (siehe Kreisky/Sauer 1997).

Die zunehmende Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche im Zuge neoliberaler Transformation hat auch Wissen zunehmend Profitlogik und entsprechender Marktverwertbarkeit – und damit vorrangig männlichen Kapitalinteressen<sup>5</sup> – unterworfen (siehe Krautz 2007). Dies zeigt sich auf der Ebene von Institutionen ebenso wie auf der von Subjekten: Institutionen von Wissensproduktion und -zirkulation werden mehr und mehr privatisiert, damit von gewinnorientiertem Wettbewerb geleitet und auch im öffentlichen Bereich in steigendem Maße von der Einwerbung von Drittmitteln abhängig. Ökonomische Verwertbarkeit bestimmt Chancen auf Forschungsgelder und beeinflusst solcherart zunehmend individuelle Karrieren. Drittmittel implizieren aber auch, dass die verfolgten Fragen verstärkt von den Geldgebern vorgegeben werden. So wird letztlich entschieden, welches Wissen generiert und vermittelt wird, aber auch, welches inexistent oder ausgeblendet bleibt.

Diese Rahmenbedingungen bestimmen die Arbeitskontexte der in Wissenschaft und Bildungswesen tätigen Subjekte, die sich zudem mehr und mehr in prekarisierten Arbeitsverhältnissen befinden.<sup>6</sup> Prekarität bedeutet neben Flexibilität und Mangel an sozialer Sicherheit, Robert Castel (siehe Castel 2008) folgend, eine gesellschaftliche Zone zwischen Integration und Entkoppelung, einen Übergangsbereich mit Aufstiegshoffnungen und Abstiegsängsten (vgl. Hardering 2009, S. 133f.).<sup>7</sup> Schließlich ermöglicht die sich normalisierende Prekarität „Regieren durch Unsicherheit“ (siehe Lorey 2011). Unsicherheit erzeugt Angst und macht solcherart gefügig, zumal auch Wissen Produzierende und Vermittelnde vor dem

---

5 Frauen haben im Verhältnis zu Männern überaus eingeschränkten Zugang zu Kapital. Dies lässt sich auf – nicht zuletzt in der Tradition patrilinear vererbte – geschlechtsspezifische Ungleichheiten der Vermögensverteilung ebenso zurückführen wie auf die Verwobenheit von hegemonialer Männlichkeit und Unternehmertum (vgl. Michalitsch 2006a, S. 75ff.). Auch wenn etwa die Zahl österreichischer Unternehmerinnen – vorwiegend in Gewerbe, Handwerk, Handel sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft tätig – in den letzten Dekaden deutlich gestiegen ist, befindet sich nur etwa ein Drittel aller Unternehmen in weiblicher Hand. Frauen betreiben überwiegend Kleinbetriebe und Ein-Personen-Unternehmen, etwa ein Fünftel aller Frauen-Unternehmen werden im Nebenerwerb geführt, bei 96% der weiblichen Unternehmen in Österreich liegt das jährliche Umsatzvolumen unter einer Million Euro (vgl. Heckl et al. 2010, S. 1).

6 Unter Prekarisierung versteht man insbesondere mangelnde soziale Absicherung trotz Erwerbstätigkeit als Folge fehlender oder bloß partieller Integration sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse in das Sozialversicherungssystem. Prekarisierung geht in hohem Maße mit Feminisierung einher: So sind etwa drei Viertel aller geringfügig Beschäftigten und über 80% aller Teilzeitbeschäftigten in Österreich Frauen, aber auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen oder Neuen Selbstständigen sind Frauen – wenn auch in wesentlich geringerem Maße – überrepräsentiert (vgl. Kytir/Moser 2010, S. 133ff.).

7 Zu Prekarisierung siehe beispielsweise Robert Castel und Claus Dörre (2009), die mit nur überaus marginaler Bezugnahme auf Geschlechterverhältnisse auskommen; kritisch zum Prekarisierungsdiskurs siehe Barbara Duden (2011).

permanenten neoliberalen Tribunal von Leistungsdruck, Konkurrenzdenken, Selbst-Optimierung, Erfolgswang und Versagensangst stehen (vgl. Michalitsch 2005, S. 41).<sup>8</sup> Unter diesen Bedingungen werden kritische Hinterfragung und Abweichung vom Mainstream beträchtlich erschwert.

### **Wahrheit: Wirtschaftswissen**

Wirtschaftswissen, politisch stets von besonderer Relevanz, markiert ein gesellschaftlich sehr umkämpftes Wissensfeld. Seit jeher ist die Volkswirtschaftslehre (VWL) durch starke Schulbildung gekennzeichnet, Paradigmenwechsel bestimmen ihre Entwicklung. In den letzten, von Neoliberalismus geprägten Dekaden dominierten – selbst im Krisenkontext – neoklassische, monetaristische und angebotsorientierte Theorien (siehe Michalitsch 2004) die politische Entscheidungsfindung. Die universitäre Lehre dagegen ist vor allem geprägt von der Neoklassik, die die Stabilität von Märkten vertritt und unternehmerische Profit- und individuelle Nutzenmaximierung in ihren Annahmen zugrunde legt. Mit diesen Annahmen aber entzieht sie ebenso fragwürdige wie umstrittene Verhaltenshypothesen der Hinterfragung. Darüber hinaus versteht sich die Neoklassik als „reine Ökonomie“<sup>9</sup>, die Marktprozesse ihrem politischen und gesellschaftlichen Kontext enthebt und als Universalie setzt, deren „Naturgesetze“ es zu erforschen gilt – womit sich nicht zuletzt ihr Anspruch auf universelle Gültigkeit verbindet. Damit suggerieren die dominanten Wirtschaftstheorien allein auf Profit und individuellen Nutzen ausgerichtete Denken und Handeln als unabänderliche menschliche Natur und zwangsläufige Logik von Wirtschaft. Dass bereits das herrschende Verständnis von Ökonomie als Markt wesentliche wirtschaftliche Bereiche wie etwa den der Reproduktion ausblendet und sich Ökonomie nicht auf das Marktsegment reduzieren lässt, wird dabei de-thematisiert (siehe Michalitsch 2013).

Darüber hinaus wird Wirtschaftswissen in wachsendem Maße mit Betriebswirtschaftslehre (BWL) identifiziert. Während sich die BWL zuletzt stark

ausdifferenziert hat und ihre Spezialgebiete nun vielfach – vor allem an Fachhochschulen – als eigene Studiengänge angeboten werden, konnte die VWL kaum expandieren und blieb in institutioneller Verankerung und finanzieller Ausstattung weit hinter der BWL zurück. Wirtschaftswissen wird demnach vielfach mit betriebswirtschaftlicher Logik der Verwertung gleichgesetzt.

Die herrschendem Wirtschaftswissen inhärente Definition des Subjekts bleibt im Mainstream von VWL wie BWL nicht nur unreflektiert, sondern wird als unhinterfragbare „menschliche Natur“ vermittelt. Solcherart aber wird Subjekten nicht nur die kapitalistische Systemlogik eingeschrieben und eine entsprechende Bestimmung „des Menschen“<sup>10</sup> als Horizont der Selbst-Verortung vorgegeben, sondern auch eine entsprechende Form von Selbst-Regulation, die Foucault mit Bezug auf Selbsttechnologien (vgl. Foucault 1993, S. 18; Foucault 2005, S. 295) unter dem Begriff der Regierung subsumiert hat. Kritikfähigkeit und Widerstandspotenzial gegenüber dem wirtschaftswissenschaftlichen wie -politischen Mainstream werden damit schon im einzelnen Subjekt minimiert.

### **Demokratisierung und Erwachsenenbildung**

Postdemokratische Entwicklungen lassen sich folglich mit wirtschaftswissenschaftlicher Wahrheitsproduktion und -zirkulation verknüpfen: Wirtschaftswissen formiert Subjekte ebenso wie institutionalisierte Formen privater Forschungsförderung und Prekarisierung, die in ihrem Zusammenwirken auf Kritik und Abweichung in Denken wie Handeln erheblich einschränkend wirken, Akzeptanz des Bestehenden und postdemokratischer Restrukturierungsprozesse jedoch fördern. Welche Funktion ließe sich in diesem Kontext nun mit Erwachsenenbildung verbinden?

Erwachsenenbildung stellt ein Segment von Wissenszirkulation dar, wirkt demnach auf Subjekte und so

8 Zur Formierung neoliberaler Subjektivität siehe Gabriele Michalitsch (2006a).

9 Der Terminus der „reinen“ Ökonomie geht auf Léon Walras' *Éléments d' économie politique pure, ou théorie de la richesse sociale* (1874) zurück (siehe Walras 1988/1874 u. 1877).

10 „Der Mensch“ wird in unserer Tradition – zuweilen explizit, meist implizit – ebenso maskulinistisch wie heteronormativ mit „dem Mann“ gleichgesetzt.

letztlich auf demokratische Grundlagen. Ihr käme angesichts fortschreitender postdemokratischer Tendenzen eine kritisch-emanzipatorische Funktion zu, wie sie etwa als ArbeiterInnenbildung einen wesentlichen Teil ihrer Tradition darstellt. Sie könnte – trotz ihrer Dialektik (siehe Horkheimer/Adorno 1997/1944) durchaus im Sinne der Aufklärung – dazu anleiten, „*sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen*“ (Kant 1996/1783, S. 9), indem

sie ökonomisches Wissen verbreitet und zugleich kritisch reflektiert, herrschende ökonomische Dogmen zu hinterfragen lehrt, alternative ökonomische Ansätze aufzeigt und kritische Auseinandersetzung mit Wirtschaft generell fördert. Denn nur indem Urteilsfähigkeit gegenüber Wirtschaftspolitik sowie -diskurs und damit schließlich Mündigkeit gestärkt werden, lässt sich Demokratie in westlichen Gesellschaften sichern.

# Literatur

## Verwendete Literatur

- Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (2007):** Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-25.
- Burth, Hans-Peter/Görlitz, Axel (2001):** Politische Steuerung in Theorie und Praxis. Eine Integrationsperspektive. In: Dies. (Hrsg.): Politische Steuerung in Theorie und Praxis. Baden-Baden: Nomos, S. 7-15.
- Crouch, Colin (2008):** Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1978):** Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.
- Foucault, Michel (1993):** Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2001):** In Verteidigung der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2005):** Dits et Ecrits. Schriften IV, 1980-1988. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hardering, Friedericke (2009):** Prekarität und Prekarisierung. Jüngere Tendenzen der Debatte über die neue soziale Unsicherheit. In: König, Helmut/Schmidt, Julia/Sicking, Manfred (Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit in Europa. Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse. Bielefeld: transcript, S. 131-149.
- Heckl, Eva/Dorr, Andrea/Gavac, Karin/Talker, Christine Maria (2010):** Unternehmerinnen in Österreich. Status quo 2009. Wien: KMU Forschung Austria.
- Kant, Immanuel (1996/1783):** Was ist Aufklärung? Stuttgart: Reclam.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001):** Europäisches Regieren. Ein Weißbuch. Brüssel (KOM(2001) 428).
- Kytir, Josef/Moser, Cornelia (2010):** Erwerbsbeteiligung und Lebensunterhalt von Frauen und Männern. In: Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst (Hrsg.): Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Wien: Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst, S. 129-136.
- Mayntz, Renate (2004):** Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? Working Paper, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln. Online im Internet: <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html> [Stand: 2012-12-17].
- Michalitsch, Gabriele (2005):** Laissez-travailler. Geschlechter-Regierung durch Arbeit. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 49, S. 41-48.
- Michalitsch, Gabriele (2006a):** Die neoliberale Domestizierung des Subjekts. Von den Leidenschaften zum Kalkül. Frankfurt/New York: Campus.
- Pierre, Jon/Peters, B. Guy (2000):** Governance, Politics and the State. New York: St. Martin's Press.



## Weiterführende Literatur

- Brand, Ulrich (2003):** Nach der Krise des Fordismus. Global Governance als möglicher hegemonialer Diskurs des internationalen Politischen. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 10, S. 143-166.
- Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina/Hirschl, Bernd/Walk, Heike (2004):** Interdisziplinarität in der Governance-Forschung. Zentrum Technik und Gesellschaft. Berlin (Discussion paper 14/04).
- Castel, Robert (2008):** Die Metamorphosen der sozialen Frage: Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz.
- Castel, Robert/Dörre, Claus (Hrsg.) (2009):** Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/New York: Campus.
- Demirović, Alex/Dücker, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011):** VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag.
- Duden, Barbara (2011):** „Gleichstellung“ oder „Feminisierung“ der Lasten des neosozialen Umbaus? Thesen zur Zeitgeschichte von Prekarisierung und Geschlecht. Vortrag gehalten am Kolloquium des Historischen Institutes der Universität Hannover, Januar 2011 (Unveröffentlichtes Manuskript).
- Foucault, Michel (1996):** Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1997/1944):** Dialektik der Aufklärung. Gesammelte Schriften 3. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jessop, Bob (2002):** Governance and Metagovernance: On Reflexivity, Requisite Variety, and Requisite Irony. Department of Sociology, Lancaster University. Online im Internet: <http://www.lancs.ac.uk/fass/sociology/papers/jessop-governance-and-metagovernance.pdf> [Stand: 2012-12-12].
- Krautz, Jochen (2007):** Ware Bildung. Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie. Kreuzlingen/München: Diederichs.
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (1997):** Heimlichkeit und Kanonisierung. Einführende Bemerkungen zur Begriffsbildung in der Politikwissenschaft. In: Dies. (Hrsg.): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/New York: Campus, S. 7-45.
- Liebknicht, Wilhelm (1873):** Wissen ist Macht – Macht ist Wissen. Vortrag, gehalten zum Stiftungsfest des Dresdener Arbeiterbildungsvereins am 5. Februar 1872 und zum Stiftungsfest des Leipziger Arbeiterbildungsvereins am 24. Februar 1872. Leipzig: Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.
- Lorey, Isabell (2011):** Gouvernementale Prekarisierung. Online im Internet: <http://eipcp.net/transversal/0811> [Stand: 2012-10-10].
- Michalitsch, Gabriele (2004):** Was ist Neoliberalismus? Genese und Anatomie einer Ideologie. In: Graf, Daniela/Kaser, Karl (Hrsg.): Vision Europa. Vom Nationalstaat zum europäischen Gemeinwesen. Wien: Czernin, S. 144-163.
- Michalitsch, Gabriele (2006b):** Privatisiert. Geschlechterimplikationen neoliberaler Transformation. In: Lemke, Meike/Ruhe, Cornelia/Woelki, Marion/Ziegler, Beatrice (Hrsg.): Genus Oeconomicum. Ökonomie – Macht – Geschlechterverhältnisse. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, S. 119-129.
- Michalitsch, Gabriele (2013):** Das Geheimnis der Gouvernementalität: Der maskulinistische Ökonomie-Begriff und die verdrängte Reproduktion. In: femina politica 1 (im Erscheinen).
- Walras, Léon (1988/1874 u. 1877):** Éléments d' économie politique pure, ou théorie de la richesse sociale. Düsseldorf: Wirtschaft und Finanzen.



MMag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup> Gabriele Michalitsch

gabriele.michalitsch@univie.ac.at  
<http://politikwissenschaft.univie.ac.at>  
+43 (0)1 4277-47702

Gabriele Michalitsch ist Politikwissenschaftlerin und Ökonomin und derzeit Lehrbeauftragte an den Universitäten Wien, Innsbruck und Klagenfurt sowie Habilitandin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Sie nahm Gastprofessuren in Budapest, Graz und Istanbul wahr und war 2002-2005 Vorsitzende der Expert(inn)engruppe des Europarats zu Gender Budgeting. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Politische Ökonomie, Politische Theorie, Neoliberalismus, Feministische Ökonomik.

## Knowledge of economics and Post-Democracy

### A plea for critical emancipatory adult education

#### Abstract

This article's point of departure is Colin Crouch's concept of post-democracy as distinct from the ambiguous term governance, which often describes a form of dominance. This concept of post-democracy is connected with Foucault's theoretical framework of government, power and truth in order to show conditions for producing and conveying (economic) knowledge. This should explain how knowledge of economics governs subjects and thus in the end guarantees acceptance of post-democratic developments in the field of economic policy in particular. With regard to safeguarding the fundamentals of democracy, the article closes with a plea for critical emancipatory adult education.

# Impressum/Offenlegung



## Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

Gefördert aus Mitteln des ESF und des BMUKK  
Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung  
Koordination u. Redaktion: Institut EDUCON – Mag. Wilfried Hackl

erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck

Online: [www.erwachsenenbildung.at/magazin](http://www.erwachsenenbildung.at/magazin)

Herstellung und Verlag der Druck-Version:  
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)  
ISSN: 2076-2879 (Druck)  
ISSN-L: 1993-6818  
ISBN: 9783848256983

## Medieninhaber



Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur  
Minoritenplatz 5  
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung  
Bürglstein 1-7  
A-5360 St. Wolfgang

## Herausgeber der Ausgabe 18, 2013

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

## HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.<sup>a</sup> Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)  
Dr.<sup>in</sup> Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)  
Mag. Wilfried Hackl (Geschäftsführender Hrsgr., Institut EDUCON)

## Fachredaktion

Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Elke Gruber (Universität Klagenfurt)  
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)  
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)  
Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)  
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)  
Ina Zwirger (ORF Radio Ö1)

## Online-Redaktion

Mag.<sup>a</sup> Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)

## Fachlektorat

Mag.<sup>a</sup> Laura R. Rosinger (Textconsult)

## Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.<sup>a</sup> Andrea Kraus

## Satz

Andreas Brandstätter (/andereseiten / grafik.layout)

## Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

## Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

## Medienlinie

Das „Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazin erwachsenenbildung.at sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll durch das Magazin der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden. Die eingelangten Beiträge werden einem Review der Fachredaktion unterzogen. Zur Veröffentlichung ausgewählte Artikel werden lektoriert und redaktionell bearbeitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten.

Als Online-Medium konzipiert und als solches weitergeführt, ist das Magazin erwachsenenbildung.at beginnend mit der Ausgabe 7/8, 2009 zusätzlich in Druckform erhältlich.

## Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter [www.creativecommons.at](http://www.creativecommons.at).

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an [redaktion@erwachsenenbildung.at](mailto:redaktion@erwachsenenbildung.at) oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

## Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at  
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs  
p.A. Institut EDUCON  
Bürgergasse 8-10  
A-8010 Graz  
[redaktion@erwachsenenbildung.at](mailto:redaktion@erwachsenenbildung.at)  
<http://www.erwachsenenbildung.at/magazin>